

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.90 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— M., für 1 Monat 2.— M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 58 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18008.

**Inseratenpreise:**  
Die 7 gespaltene Zeile 50 Pfg. und 40%, Feuerungszuschlag — 70 Pfg. Desgl. bei Platzvorschritt 55 Pfg. und 40%, Feuerungszuschlag — 77 Pfg. Schluss der Annahmen von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Luzern gegen die ungarische Reaktion.

### Protest der Internationale.

#### Die Luzerner Konferenz gegen die Reaktion in Ungarn.

Luzern, 8. August. Auf die Nachricht von der Uebertagung der obersten Gewalt in Budapest an Erzherzog Josef hat die Sozialistenkonferenz einstimmig unter lebhaftem Beifall eine sehr energische Protestresolution angenommen, die sich gegen die unter dem Schutze der Entente erfolgte Errichtung eines gegenrevolutionären Regimes ausspricht und den Versuch als ungeheuerlich brandmarkt, die Arbeiterklasse um die Früchte der Revolution durch eine Restauration der Habsburger zu bringen. Die Deute der Pariser Konferenz machten damit klar, daß sich ihre Aktion in Wirklichkeit gegen jede sozialistische Regierung und gegen jede proletarische Herrschaft richtet.

Hienaudel, der seine Resolution verlas, sagte dieser einige heftige persönliche Worte gegen die Ententeregierungen und gegen die Wiedereinführung einer Dynastie hinzu, die man wegen ihrer Schuld am Kriege für immer für erlobt gehalten habe.

### Zum Kampf bereit.

#### Ein Aufruf an das Proletariat Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 10. August. Die Arbeiterzeitung veröffentlicht einen Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Soldatenräte an die Proletarier im Westen, in dem die Reaktion unter Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn davor gewarnt wird, einen Anschlag auf die deutsch-oesterreichische Republik zu versuchen. Jeder einzelne Proletarier sei bereit, sein Leben für die Freiheit zu lassen. Zum Schluss heißt es: Soldaten! Proletarier! Zeit einzeln! Seid Euch der großen Gefahr bewußt und bereitet Euch zum Kampfe vor!

### Amerikanisches Weizenexportverbot.

(Zu.) Stockholm, 11. August. Allen Zölnern melden: Jules Barkes, der Direktor des amerikanischen Weizenrats, hatte mit Wilson eine längere Unterredung, deren Ergebnis ein Weizenexportverbot nach Europa war. Dieses Verbot verurteilte einen sensationellen Preiskurz in Getreide und Fleisch.

### Keine Vermittlung im Kaliberarbeiterstreik.

#### Der Reichsarbeitsminister lehnt ab.

Weimar, 10. August. Der Reichsbergarbeiter in Halle a. S. hatte namens der streikenden Kaliberarbeiter den Reichsarbeitsminister wiederholt telegraphisch um eine Unterredung und um die Einleitung von Verhandlungen mit den Vertretern der Kaliberinteressenten gebeten. Am Freitag, dem 8. August, wurde einer Abordnung des Bezirksarbeitsrats unter Führung des Wg. Koenen (U. S. P.) und des Steigers Peter Geselgenheit zu einer Rücksprache mit den Referenten des Reichsarbeitsministeriums in Weimar gegeben. Die mitgeteilten Forderungen gingen im wesentlichen auf weitere Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, über die im Tarifvertrage zwischen Gewerkschaften und Kaliberinteressenten getroffenen Vereinbarungen hinaus und auf die sofortige Einführung der Betriebsräte im Kaliberbergbau. Der Reichsminister lehnte die Einleitung von Verhandlungen ab mit dem Hinweis, daß am 26. Juli ein Tarifvertrag für den gesamten Kaliberbergbau abgeschlossen sei und etwaige Forderungen bei der Reichsarbeitsgemeinschaft gewerblicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Fachgruppe Kaliberbergbau, anhängig zu machen seien.

### Vor einem Streik der Hamburger Bankbeamten.

Hamburg, 10. August. Verhandlungen der Hamburger Bankbeamten mit den Bankleitungen vor dem Demobilisierungskommissar führten zu keinem Ergebnis. Das Vermittlungsangebot, das auch den Berliner Angestellten vorgeschlagen wurde, wurde zwar von den Vertretern der Bankangestellten zur Kenntnis genommen, in einer Sitzung der Angestellten- und Botenausschüsse der Hamburger Girobanken beraten, aber als ungenügend abgelehnt. An den Besprechungen vor dem Demobilisierungskommissar nahm auch der gestern hier eingetroffene Führer des Allgemeinen Bankbeamtenvereins Marx teil. Die Angehörigen-Ausschüsse hatten auf Drängen der Angestellten die

Abschimmung über den Streik vornehmen lassen. Von den Angestellten der Deutschen Bank, der Vereins-Bank, der Commerz- und Disconto-Bank, der Darmstädter und der Mitteldeutschen Kreditbank stimmten 1261 für, 211 gegen den sofortigen Streik, etwa 30 enthielten sich der Abstimmung. Bei der Norddeutschen Bank erfolgt die Abstimmung Montag früh. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß auch hier ein zustimmender Beschluß zustande kommen wird. Am heutigen Sonntag früh versammelten sich die Bank-Angestellten in verschiedenen Lokalen, um die notwendigen weiteren Schritte festzusetzen.

### Nach dem Kommunismorden.

Budapest, 9. August. (Melbung des Ungar. Zeleg.-Korrespondenz-Bureau.) Ministerpräsident Stefan Friedrich gewährte heute einem Journalisten eine längere Unterredung. Betreffend die Verhandlungen mit der Szegediner Regierung sagte der Ministerpräsident, daß diese mit zwei Vertretern der Szegediner Regierung in der freundschaftlichsten Weise geführt werden. Der Journalist verwies hierauf auf die Erklärungen des Sozialdemokraten Szanyi, wonach er in der neuen Regierung die Garantien für die Errungenheiten der Oktoberrevolution nicht findet und eine Regierung, die die Sozialisten- und Kommunismorden betreibt, kein Vertrauen schenke. Der Ministerpräsident erwiderte: Wegen seiner Prinzipien wird niemand verfolgt. (?) Hiergegen habe ich überall in der entschiedensten Weise protestiert. Wahr ist nur so viel, daß die Rumänen einen Teil der Mitglieder der Roten Armee internieren. Darauf kann, da die Internierung eine Maßnahme der Besatzungsarmee ist, die ungarische Regierung keinen Einfluß ausüben. Wir werden nur jene Kommunisten zur Verantwortung ziehen, natürlich auf dem Wege der ordentlichen Gerichte, welche an Diebstählen, Märdereien und den jetzt aus Tageslicht kommenden grauenhaften Morbdaten teilgenommen haben. Die Deute und die Schergen Szanyis sowie die schauerhafte Gesellschaft der Penibuben (!) befinden sich in Haft. Keinem von ihnen jedoch wurde ein Haar gekrümmt. Jeder einzelne wird seine Verbrechen vor dem ordentlichen Gericht zu verantworten haben. Es ist ganz unverständlich, wie sich Sozialistenführer von so hoher Intelligenz an die Spitze dieses blutbesetzten Systems stellen konnten. Denn wie dem auch sei, nicht nur die Würder sind schuldig, sondern auch jene, welche an der Spitze dieses Systems standen. Um ein Beispiel zu erwähnen: Western wurde der Leichnam des Major Bartha aus der Donau gezogen. Seine Arme waren ihm ausgezerrt und der Körper voll Stichwunden. Schauerhafte Funde von Leichen in den Wellen liefern einen grauenhaften Beweis von der Rücksichtslosigkeit der Bolschewiken. Der Ministerpräsident erklärte ferner, daß eine endgültige Regierung nur nach den Wahlen konstituiert werden könne. „Wir haben“, so sagte er, „die besten Aussichten betreffend den Standpunkt der Entente.“ Zum Schluss erklärte der Ministerpräsident, daß die Ungarn mit Oesterreich in den denkbar besten nachbarlichen Beziehungen zu leben wünschten.

Nachdem der Kommunismord gewisset hat, gibt der Herr bezeichnende Erklärungen ab.

### Ein gekrönter Kapitalfliehler?

Kopenhagen, 10. August. Berlingske Tidende meldet aus Ralmö: Freitagvormittag wurde ein Wasserflugzeug, das aus einer Höhe von etwa 200 Metern zwei Pakete abwarf, geschleht. Darauf verschwand es wieder über die Ostsee. Aus dem Innern des Landes, wo seit einiger Zeit ein deutscher Herr und eine deutsche Dame wohnten, wurden Signale an das Flugzeug erteilt, das sich nach ihnen richtete. Der Beobachtungswächter von Trelleborg erhaltete Anzeichen hierüber. Das deutsche Paar wurde in Södra Wö verhaftet und die beschlagnahmten Pakete nach Trelleborg geschafft, wo es sich zeigte, daß sie außer einem Schmuckstück und Juwelen Schmuckstücke Staatsobligationen über einen sehr hohen Betrag enthielten. Nach verschiedenen Ausflüchten gestanden die beiden Deutschen, die Pakete seien vom Prinzen Wied abgeworfen. Der Inhalt gehörte dem König von Sachsen.

### Die Mannschaft des Handels-U-Bootes „Bremen“ zurückgekehrt.

Zu. Bremen, 11. August. Die Besatzung des Handels-Unterseebootes Bremen, das seinerzeit verschollen war, ist vollständig in Bremen angekommen, und zwar ohne jede vorherige Ankündigung. Die Engländer haben die Besatzung drei Jahre lang gefangen gehalten und von der Außenwelt vollständig abgeschnitten, um den Verbleib des Bootes zu verschleiern. Eine Befragung dieser Meldung war bisher nicht zu erreichen. (Voll. Ztg.)

### Ruhe in Chemnitz.

Nach dem furchtbaren Blutvergießen vom Freitag ist Ruhe in Chemnitz eingetreten. Den Bemühungen der drei sozialistischen Parteien ist es gelungen, weiteres sinnloses Blutvergießen zu verhindern. Sollte die Regierung Grabauer von vornherein den Weg gewählt, die Organisation der Arbeiterschaft gegen die im Dunkeln agierenden Treiber der Bewegung aufzulösen, die furchtbaren Vorgänge des Blutfreitags hätten der unglücklichen Stadt erspart werden können. Auch hier ist wieder das verhängnisvolle: Zu spät, das die Politik der Rechtssozialisten so oft schon gefehlt hat.

Es herrscht Ruhe in Chemnitz, aber wie lange? Ist es die Ruhe vor dem Schlag? Vor dem Zupacken der Moskitruppen? Es liegen Anzeichen vor, die besürchten lassen könnten, daß die Regierung, nachdem sie ursprünglich gewillt schien, den Weg der Verhandlungen weiter zu verfolgen und unnütze und gefährliche Schärfe und Prestigepolitik zu vermeiden, jetzt eine abermalige Schwankung zur Gewaltpolitik vorzunehmen geneigt wäre. Verdächtig ist mindestens die Kalkül, die die Chemnitzer Rechtssozialisten am Sonntag eingeschlagen haben. Sie haben sich Flugblatt verfaßt und am Montagmorgen verteilten lassen, das die Einheitsfront, die unter den Proletariats der Stadt unter dem Druck der Ereignisse hergestellt wurde, zerschellen soll. Diese Rundgebung wendet sich nicht nur gegen den Generalstreik, über den am Montagvormittag die Beauftragten der Chemnitzer Arbeiter beraten sollen, sondern fällt auch mit gefährlichen und wachstumswidrigen Angriffen über unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten her, daß es einer Denunziation dieser Parteien an die Behörden gleichkommt. So waren die Vertreter unserer Partei und der Kommunisten am Montagvormittag, als die Konferenz der Vertrauensleute zusammentreten sollte, genötigt, zu erklären, daß sie mit den Deuten, die für dieses Flugblatt verantwortlich sind, nicht mehr zusammenarbeiten können. Die Versammlung ging infolgedessen ergebnislos auseinander, und die Rechtssozialisten können ihr träuriges Spiel in Anspruch nehmen, daß sie eine geeinte Aktion der Chemnitzer Arbeiterschaft in dem Augenblick unmöglich zu machen versucht haben, wo es darauf ankommt, etwaigen Gefährten durch geschlossene Haltung des Chemnitzer Proletariats den Boden zu entziehen, die „Schlappe“ vom Freitag, die die Militärs natürlich nur schwer verwinden können, durch eine neue militärische Aktion wieder auszuwehen. Daß es auch in den Kreisen der Regierung nicht an Neigung fehlt, die „geschädigte Autorität“ durch eine Blut- und Eisenzeit wieder herzustellen, läßt die Fassung der offiziellen Nachrichten deutlich genug erkennen. So heißt es in einem Dresden Telegramm vom Sonnabend, daß weitere Truppen herangezogen worden sind, die außerhalb von Chemnitz versammelt werden. Es scheint auch hier nach dem Rezept gehandelt zu werden, das die Reichsregierung seinerzeit gegen Hamburg angewendet hat. Dort ist Roske bekanntlich solange friedlich geblieben, bis er die nötige Truppenzahl in der Umgebung versammelt hatte. Dann wurde in die Hansestadt einmarschiert, obgleich die Arbeiterschaft, ebenso wie in Chemnitz, längste die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt hatte. Die Rehnlichkeit erstreckt sich auch darauf, daß auch an der Wasserfront die Empörung über die Untertassungsünden der Behörden gegen Lebensmittelwucher und verfälschte die Unruhen geboren hatte. Die dann die Truppen Lettow-Borbeds, die mit Reipoltschens fürsorglich ausgerüstet waren, in der Stadt gehakt haben, das steht noch in frischer Erinnerung. Wenn die sächsische Regierung infolge des Abfalls der Chemnitzer Rechtssozialisten von der Sache der Arbeiterschaft den bedauernden Wert zu gleichem Vorgehen gegen Chemnitz finden sollte, so werden die Chemnitzer Proletarier wissen, bei wem sie sich für all das Ungemach, das dann über sie kommen würde, zu bedanken hätten.

Die bürgerliche Presse ist eifrig an der Arbeit, für solchen Fall die nötige Pogromstimmung zu schaffen. Sie verbreitet mit Wollust grell aufgeschminkte Sensationsmeldungen über angeblich furchtbare Greuel, die bei den Kämpfen am Freitag von der Bevölkerung gegen die Truppen verübt worden sein sollen. Den Dingen steht die Tendenz faustlich an der Stirn geschrieben. Worauf das Treiben hinausläuft, zeigt der Bericht eines Augenzeugens, der in den Leipziger Neuesten Nachrichten seine angeblichen Beobachtungen schildert und mit den Worten schließt: „Ich war lange im Felde, aber etwas so Bestialisches habe ich noch nicht erlebt. Ich kann nur hoffen und wünschen, daß die wichtige Verhandlung in reiner Kammeraden gerächt wird.“ Wir wollen es ganz dahingestellt sein lassen, ob die schälimmen Ausschreitungen, die der Augenzeuge behauptet, von einigen fanatisierten oder verflorten Deuten wirklich verübt worden sind — es ist gar nicht ausgeschlossen, daß starke Verzerrungen und Uebertreibungen